

Wahlkampf

Organ der Marxisten-Internationalisten Österreichs

Zu beziehen durch
Josef Güttel, Wien, XXI., Stryeckgasse 4
Redaktion: Wien, V., Gartengasse 1/13.

WIEN
Nr. 15 Oktober 1933 5. Jahrg.

Erscheint 14-tägig. — Preis bei Arbeitslosenvermittlungen und Auszahlungstellen 12 Groschen.
Abonnement vierteljährig S —.90.

Die blutige Komödie von Leipzig

Der erste Akt der blutigen Justizkomödie des deutschen Faschismus ist zu Ende — die Tragikomödie von Leipzig. Der Schauplatz der Handlung ist verlegt worden, von Leipzig nach Berlin. In den Räumen des Reichstagsgebäudes werden die faschistischen Henker ihr grausames Spiel fortsetzen — werden sie der Welt zu beweisen versuchen, daß nicht sie, sondern die kommunistische Partei Deutschlands die Brandfackel entzündete, deren düsterer Schein das Ende der legalen deutschen Arbeiterbewegung beleuchtete.

Zentralistische Revolutionäre

Der erste Akt ist zu Ende und wahrlich er hat das tiefe und brennende Interesse verdient, das die internationale Arbeiterklasse ihm entgegenbrachte. Vor den faschistischen Henkern stand Georg Dimitroff, einer der Führer der Komintern, der obersten Spitze der herrschenden Fraktion. Dimitroff ist einer jener Genossen, der oftmals im letzten Jahrzehnt die Politik der Exekutive in verschiedenen Parteien durchsetzte, der politisch für den Kurs der Komintern mitverantwortlich ist.

Wenn irgendwas den widerspruchsvollen Charakter der herrschenden Richtung in der Komintern verkörperte, dann ist es Dimitroff. Derselbe Mann, der politisch schwere Schuld für die verhängnisvolle Politik der Komintern trägt, er ist nicht vor den faschistischen Henkern mit dem Mut, mit dem hingerichteten Plan des Revolutionärs. Wer wagt es, angesichts dieser Haltung eines der Führer der Komintern darauf zu bestehen, daß die Komintern die deutsche Revolution bewußt verraten hat, damit Stalin nicht durch revolutionäre Trübel gestört wird? Nein, die Führer der Komintern gehen politisch einen verhängnisvoll falschen Weg, der die proletarische Revolution nicht fördert, aber sie sind keine Verräter an der Sache der Revolution, wie es die Resolutionen der Trotzki-Gruppe bezagen. Dies eindeutig und klar auszusprechen, ist nicht nur unsere Pflicht gegenüber Dimitroff und seinen Genossen, es ist auch gleichzeitig revolutionärer Realismus. Das Geschwätz über die Verräterrolle der Komintern schlägt heute auf die oppositionellen Kräfte zurück; die enttäuschten Arbeiter in Deutschland sehen — und sie sehen es mit tiefem Stolz — daß vor den faschistischen Henkern aufrecht Revolutionäre stehen. Sie gewinnen zu ihnen neues politisches Vertrauen, weil sie zu ihnen moralisches Vertrauen haben. Die russischen Marxisten sind groß und stark geworden, indem sie das russische Proletariat lehrten, daß die Sozialrevolutionäre trotz ihres revolutionären Willens und Opfermut, politisch einen falschen Weg gehen. Sie nannten sie nicht Verräter, sie sprachen ihnen nicht revolutionäre Kampfbereitschaft ab, sondern sie zeigten die Erfolglosigkeit ihres Kampfes auf und erzeugen so das russische Proletariat zum kritischen, politischen Denken.

Nicht anders kann unsere Haltung heute gegenüber den Zentrlisten in der Komintern sein und gerade die glänzende Rolle, die Georg Dimitroff in diesem Prozeß spielt, gibt uns Gelegenheit, auf diese tiefen Widersprüche im Zentrismus hinzuweisen.

Ein Symptom

Am 8. Verhandlungstage tritt vor die faschist. Justiz der Zeuge Jahncke, ehemals Sekretär einer Zelle der KPD in Neukölln. In den Wochen der Märzkatastrophe hat er, wie so viele, Gesinnung und Partei gewechselt. Er ist zur Partei Hugenbergs übergegangen. Welch ein Renegat meint die L' Humanité. Aber dieser Renegat tritt vor die Blutrichter und er erklärt angesichts der aufstrebenden Faschisten, daß er sich getäuscht hat, daß seine Sympathien von neuem der KPD gehören und er verteidigt wie ein echter Revolutionär die Partei gegen die Verleumdungen der Gegner. Ein Renegat? Ein Wahnwitziger, der seinen Kopf aufs Spiel setzt? Nein, einer, der wie so viele Arbeiter Deutschlands, erzeugen im Geiste des Zentrismus, vorübergehend an seiner Klasse und seiner Partei verzweifelte und der jetzt nicht minder heroisch wie irgendeiner von jenen, die als Helden gefeiert werden, sich kühn zu der revolutionären Partei bekant. Der Arbeiter Jahncke ist kein Einzelfall. Er ist der tragische Repräsentant einer Arbeiterklasse, die durch die Schule des Zentrismus gegangen ist, die in den Schicksalsstunden ihrer Klasse versagen mußte, die aber unter entsetzlichen Opfern von neuem den Weg des revolutionären Klassenkampfes tastend zu beschreiten sucht.

Verlorenes Zeit, verlorenes Schlocht

Der Angeklagte Torgler spricht. Ruhig, mutig, treu der Partei und der Arbeiterklasse. Er gibt Rechenschaft über

seine Tätigkeit im Verlaufe des 27. Februar. Sie ist sieberhaft. Viele Zeugen sprechen vom Fleiß und der Gewissenhaftigkeit Torglers. Die Gegner sprechen von ihm mit Achtung.

Was aber ist der politische Inhalt der sieberhaften Tätigkeit Torglers in jenen Tagen und Stunden, wo von Stunde zu Stunde drohender der faschistische Staatsterror heranreißt, den Hitler mit den Worten ankündigt: »Die Stunde der Niederbrechung des Terrors naht!«

Torgler kämpft um die Freigabe des Wahlmaterials der KPD, das bei der Beschlagnahme des Karl Liebknecht-Hauses in die Hände der Polizei fiel.

Während die Henker die Bälle schleifen, kämpfen die Führer der KPD um Wahlflugblätter!

So verging der 27. Februar an dessen Abend der Reichstag in Flammen aufging.

Und am 28. Februar? Torgler antwortet auf die Frage, was er für diesen Tag vorbereitete: zu diesem Tage sollte er im Reichstagsgebäude mit dem SPD-Führer Stämpfer über die Einheitsfront verhandeln!

Kann es etwas Trügerisches geben, als diesen 28. Februar? Vier Jahre bekämpften die Führer der KPD jeden Gedanken an eine Einheitsfront mit den Führern der SPD, und an dem Tag, wo sie endlich dazu bereit sind, da saust bereits das Fallbeil des Henkers nieder. Mit er wußte, daß die KPD unter dem Druck der internationalen Arbeiterbewegung wankte. Bereits am 12. Februar hatte »Berlin am Morgen« derartige Andeutungen Torglers veröffentlicht. Seine Antwort waren die Brandfackeln im Reichstag.

Das Rätsel um van der Lubbe

Reformisten und Zentristen sind sich darüber einig, daß er ein faschistischer Provokateur ist. Zu ganz anderen Resultaten kommt dagegen Torgler, der ihn als einen verirrten politischen Gegner betrachtet. Er sagte bei seinem Verhör: »Ich werde nachweisen, daß diese Gruppe anarchistisch ist.«

Bekanntlich haben die anarchistisch-kommunistischen Gruppen in Holland, die jenen Richtungen angehören, die sich von der ehemaligen KAP (Gorter) abgespalten, ein »Van der Lubbe-Komitee« gebildet, indem sie van der Lubbe gegen den Vorwurf, ein faschistischer Provokateur zu sein, verteidigen.

Ist van der Lubbe ein primitiver politischer Propagandist der Tat oder ist er ein faschistischer Provokateur? Auf jeden Fall steht eines fest: er ist dem Tode geweiht und er belastet mit keinem Wort die Kommunisten. So handelt kein faschistischer Provokateur! Unzählige Beweise aber sprechen dafür, daß er in faschistischen Kreisen verkehrte. Das scheint eindeutig gegen ihn zu sprechen. Aber wenn man die entsetzliche Verworfenheit des Anarchismus kennt, sein »einbürgerliches Milieu, dann scheint es nicht um »gleich, daß van der Lubbe glaubte, sich Instrumente für seine Ziele zu schaffen, als er ein Instrument der Faschisten wurde. Nach der Darstellung des Zentrismus wurde der Plan gegen die Kommunisten von Göring, Göbbels und Röhm geschaffen, dessen Lustknabe van der Lubbe angeblich war. Tatsächlich weisen eine Reihe von Tatsachen auf eine ganz andere Spur. Der Hauptzeuge gegen Torgler, der behauptet, ihn am 27. September mit van der Lubbe gesehen zu haben, ist — mit noch zwei anderen — der faschistische Abgeordnete Karwahne. Karwahne war früher Kommunist, und swar in Hannover und gehörte dort der Iwan Katz-Gruppe an, die sich in eine anarchistisch-kommunistische Gruppe verwandelte. Karwahne gehörte demselben Milieu und demselben Ideankreis wie van der Lubbe an, bis er sich den Nazis anschloß. Dieser Mann ist der Kronzeuge! Es kann kaum ein Zweifel darüber bestehen, daß van der Lubbe durch diesen Provokateur oder seine Agenten eingefangen wurde, daß er glaubte zu schweben, während er selbst geschoben wurde. Es ist durchaus möglich, daß van der Lubbe bis jetzt noch glaubt, daß seine Komplizen seine Gesinnungsgenossen sind, während sie in Wirklichkeit SA-Leute Görings waren.

Van der Lubbe wird hingerichtet werden. Es wird die Kommunisten nicht belasten. Um seine Tat und seinen Namen werden sich Legenden spinnen. Es wäre weniger leicht gewesen, die tiefen Widersprüche und die Zersetzung im anarchistischen Sumpf bloßzulegen, aus dem van der Lubbe politisch hervorgeht und so seine Tat und seine persönliche Tragik — wie er zum unbewußten Werkzeug der faschistischen Provokation wurde — nachzuweisen, als ihn einfach als faschistischen Provokateur zu stempeln.

Diese politische Auseinandersetzung mit dem Anarchismus hätte dem Marxismus einen großen Dienst erwiesen, denn sie hätte die anarchistischen Stimmungen, die möglicherweise hier und dort im Verlaufe der politischen Depressionsperiode im deutschen Proletariat entstehen werden, wirksam bekämpft. Sie hätte am Reichstagsbrand den deutschen Arbeitern gezeigt, wie der Versuch der anarchistisch-kleinbürgerlichen Kampfmethoden, des Abgehens von der Massenaktion, in den Sumpf der Provokation führt — gelegig, von welchen Absichten der Einzelsee basiert ist. Aber zu dieser geistigen Auseinandersetzung ist der Zentrismus völlig unfähig.

Genosse Fritz bestialisch von der SA ermordet

Von Berlin erhalten wir die nachfolgende Nachricht:

Einer unserer Besten, Genosse Fritz, der unserer Gruppe im Berliner Norden angehörte, ist von der SA in der furchtbarsten Weise ermordet worden.

Genosse Fritz gehörte zu jenen Mitgliedern unserer Gruppe, die von dem Faschismus mit besonders glühendem Haß verfolgt wurden. Er war lange Jahre hindurch ein hoher Bezirksfunktionär der Partei und arbeitete bereits lange vor seinem Eintritt in unsere Reihen mit uns zusammen. Als im März die Organisationen der Partei zertrümmert wurden, als im April die Organisation der Genossen Fritz eine Reihe politischer und Organisationszellen zur SA übergaben, da war es er und einige andere Genossen unserer Fraktion, die die zerfallende Partei stützten, die sich der Panik entgegenwarfen und die gemeinsam mit der illegalen Arbeit für die Fraktion die Arbeit für den Wiederaufbau der Partei leisteten.

Die SA kannte diese Tätigkeit unseres Genossen und sie wußte, daß Genosse Fritz eine führende Rolle dabei zuziel. Sie kündigten ihm bereits lange vorher die Ermordung an. Dennoch gelang es ihm, sich bisher den faschistischen Mördern zu entziehen. Jetzt ist es ihnen gelungen, ihr Verbrechen durchzuführen. Es gelang ihnen, Genossen Fritz in einer Wohnung zu überraschen. Trotz verzweifelter Gegenwehr schlugen sie ihn nieder und warfen ihn vom 4. Stock auf die Straße, wo er mit zerschmetterten Gliedern liegen blieb.

Zu denen, die in den Kerkern und Konzentrationslagern sind, zu jenen, die in den SA-Kasernen wochenlang gefoltert wurden, gestellt sich jetzt das erste Todesopfer unserer Gruppe. Einer, der in den vordersten Reihen stand, der sein ganzes Leben in den Dienst des Befreiungskampfes des Proletariats gestellt hatte, hat mit dem Tode den harten und unerhittlichen Kampf bezahlt, den wir führen.

Zum Parteitag der SPD

Vom 14. bis 16. Oktober tagte in Wien der außerordentliche Parteitag der Sozialdemokratie.

Ihn voran ging eine telegraphisch einberufene Vorstandssitzung des Internationalen Gewerkschaftsbundes, die sich mit der österreichischen Frage beschäftigte. Die Solidaritätsbetreibungen der Reformisten aller Länder sind in ihrem Munde mit größter Vorsicht aufzunehmen. Wenn man berücksichtigt, daß die anwesenden Vertreter in ihrer Mehrheit von Ländern kamen, deren imperialistische Interessen gleichlaufend sind, so haben wir vor uns jene Front der Sozialdemokraten, deren »Solidarität« mit der österreichischen Arbeiterklasse sich deckt mit den imperialistischen Interessen ihrer herrschenden Klassen. Im Namen der Bourgeoisie-Demokratie fordern sie die demokratischen Freiheiten für die Arbeiter Österreichs.

In Wirklichkeit geht es ihnen um mehr. Die außenpolitische Orientierung Österreichs gefährdet das europäische Gleichgewicht, die Vorherrschaft Frankreichs.

Einzig und allein diese Tatsache gestattet es den Reformisten der Amsterdamer Internationale, die bisher immer versagte oder internationale Aktionen sabotierte, etwas radikalere Töne anzuschlagen. Die Arbeiterklasse aller Länder darf sich nicht täuschen

Die Zukunft des Reformismus

Der beispiellose Bankrott, den die SPD mit ihrer feigen und verräterischen Politik erlitten hat, erweckt bei vielen revolutionären Arbeitern die Hoffnung, daß es nunmehr endgültig mit der SPD zu Ende sei. »Nie mehr wird die SPD im Verräterhaup erheben, so meinen viele Revolutionäre, und manche unter ihnen ertragen sogar die Schrecken des faschistischen Terrors leichter in der festen Zuversicht, daß die deutsche Arbeiterklasse durch ihre gegenwärtigen Erfahrungen endgültig von ihren Illusionen geheilt wird. Viele beschuldigen uns, die diese Auffassung als Illusion bezeichnen, daß wir kein Vertrauen zu den Massen haben, daß wir meinen, daß die Massen unfähig seien, aus ihren Erfahrungen zu lernen. »Glaubt Ihr denn wirklich, so halten sie uns empört entgegen, daß der Reformismus jemals wieder mit seinen Losungen die Arbeiter aufs Glatteis führen wird? Glaubt Ihr, daß die Reformisten überhaupt fähig sind, eine illegale Organisation aufzurichten? Und voller Hohn verneinen diese Genossen selbst ihre Fragen. Wir wollen die Frage zunächst allgemein beantworten: Wäre die KPD wirklich eine durch und durch marxistische Partei, die noch nicht genügend Kraft besä, um den Machtantritt Hitlers zu verhindern, dann könnten wir fast mit Gewißheit sagen, daß die entscheidenden Teile der Arbeiterklasse endgültig den Reformismus verlassen. Aber selbst in diesem Falle würde wahrscheinlich die Sozialdemokratie als liberale und demokratische Oppositionspartei auch in der Illegalität weiterleben und politisch die bürgerliche Opposition gegen den Faschismus verkörpern. Diese Rolle würde ihr schon deshalb zufallen, weil das deutsche Bürgertum, d. h. seine liberalen und demokratischen Teile, keine eigene Partei besitzen. Es ist nicht einzusehen, warum diese bürgerlich-demokratische Oppositionspartei keine illegale Organisation errichten könnte. Das Beispiel der bürgerlichen illegalen Organisationen in Italien zeigt, daß auch außerhalb der Arbeiterbewegung illegale Organisationen unter dem Faschismus entstehen. Wir wollen in diesem Zusammenhang nicht untersuchen, inwieweit sich solche bürgerlichen illegalen Organisationen sowohl im Aufbau, wie in ihren Methoden von der illegalen Klassenpartei des Proletariats unterscheiden.

Uns genügt die Feststellung, daß selbst im besten Falle, wenn die KPD ihre Pflicht erfüllt hätte, die SPD in der Illegalität nicht einfach verschwinden würde. Aber die konkrete Wirklichkeit sieht viel ungünstiger aus. Die KPD besteht nicht nur aus revolutionären Zielen, einer subjektiv revolutionären Basis und einem kleinen, marxistischen linken Flügel, sondern sie besitzt eine große, durch und durch verkaufte politische Fraktion, den Stalinismus. Nicht die Linken, sondern der Stalinismus bestimmten bis jetzt — und so wird es auch vorläufig, abgesehen von gewissen Änderungen, bleiben — die Politik der KPD. Die reaktionäre, bankrotte Politik des Stalinismus die völlige Liquidierung des Reformismus in der Arbeiterklasse aufhalten. Diese Wirkung kann auch nicht durch die Errichtung einer neuen Komm. Partei beseitigt werden; denn die alte Partei bleibt trotz aller Neugründungen bestehen und die einzige Wirkung der »neuen Partei« wäre, daß sie den Einfluß des Kommunismus innerhalb der Arbeiterklasse durch die Kräftezersplitterung schwächt und die Weiterentwicklung des proletarischen Kerns der KPD — von dem sie sich völlig isoliert — aufhält.

Aber nicht allein diese negativen Erscheinungen im revolutionären Lager wirken einer völligen Liquidierung der SPD innerhalb der Arbeiterklasse entgegen. Wir dürfen die Manövrierfähigkeit des Reformismus nicht unterschätzen. Selbst die rechesten Elemente, wie Wels & Co. (»Neuer Vorwärts«) sprechen heute, wo sie ohnmächtig sind, von revolutionären Ueberwindung des Faschismus. Es ist durchaus wahrscheinlich, daß die linken Elemente, die SP-Jugend, die Aktivistin u. a. in Deutschland unter dem Druck der Arbeiter noch viel weiter gehen, bis zur Propagierung einer revolutionären Demokratie mittels der — Diktatur des Proletariats. Der Radikalismus der USPD wird wieder aufstehen und möglicherweise auch eine neue USPD infolge der Spaltung der SPD.

Der Reformismus hat, historisch betrachtet, keine Zukunft. Sein Aufstieg war geknüpft an die Aufstiegsperiode des Kapitalismus, an eine Epoche, in der die Bourgeoisie noch soziale Reformen gewähren konnte, ohne ihre eigene Herrschaft zu erschüttern und ihre Profitrate allzu stark zu schmälern.

Mit dem Eintritt des Kapitalismus in seine Verfallungsperiode, besonders in Deutschland, dessen Kapitalismus durch die Niederlage von 1918 geschwächt ist — sind die objektiven Bedingungen für den Bestand und die Entwicklung des Reformismus in voller Auflösung begriffen. Aber das bedeutet nicht, daß der Reformismus von selbst als politische Strömung verschwindet. Hinkt im allgemeinen das menschliche Bewußtsein hinter dem Sein einher, so nicht minder das Bewußtsein der Arbeiterklasse. Nur wenn die revolutionäre Partei durch ihre Politik und Propaganda das Bewußtsein der Arbeiterklasse zu verändern vermag, liquidiert sie den Reformismus als politische Strömung. Wenn dieser progressive Faktor, die revolutionäre Partei, fehlt, wenden sich große Teile der Arbeiterklasse direkt nach rückwärts, d. h. vom Reformismus zur Konterrevolution. So war es in England bei den letzten Wahlen, so vor allem in Deutschland, teilweise auch in Oesterreich.

Ob die Toten wiederaufstehen, ob die deutsche Sozialdemokratie, gespalten oder vereint, als SPD oder als USPD, noch einmal eine entscheidende Rolle im deutschen Proletariat spielen wird, das wird nicht durch Hitler entschieden, der die SPD wohl zerschlagen hat, aber sie im Proletariat nicht enturzeln kann. Entschieden wird dies einzig und allein durch den revolutionären Marxismus werden, d. h. durch die revolutionäre Partei der deutschen Arbeiterklasse, die von der Linken, von der stalinischen Fraktion befreit wird.

lassen, die Solidarität der Reformisten wird dort aufgehört, wo sie mit den Interessen ihrer Bourgeoisie in Konflikt gerät; sobald die österreichische Arbeiterschaft einen anderen Weg geht, als es der Börse von Paris und London lieb ist.

Vergessen wir nicht der heranrückenden imperialistischen Auseinandersetzungen, die jenseits des Rheins im Namen der Demokratie, diesseits des Rheins im Namen der Nation vorbereitet werden. Begründet doch Herr Hitler seinen Austritt aus dem Völkerbund mit der »Ehre« der Nation und meint damit 42 cm Geschütze und Giftgasbomben.

Nachdem wir diese Tatsachen vorausgeschickt haben, wollen wir skizzenhaft zum Parteitag selbst Stellung nehmen, auf dem sich die Staatsmänner der 2. Internationale und die Advokaten der Bourgeoisdemokratien ein Redez-vous geben.

Dem oppositionellen Druck der Arbeiter nachgebend, wurde der außerordentliche Parteitag einberufen. Dem Parteitag stellte sich eine zahme »Linke« vor, die es nicht einmal wagte, ihre eigenen Anträge aufrecht zu halten und diese für einen Brief von zu nichts verpflichtenden Forderungen zurückzog. Sie gab sich mit einer harmlosen Aenderung des Organisationsstatuts zufrieden, wonach ein Parteirat geschaffen wird, dem keine Mandatare und Angestellte der Partei und Gewerkschaften angehören dürfen. Dieser Parteirat, bestehend aus 60 Mitgliedern, die die Landesorganisationen delegieren, wird, da die Landesparteitage erst nächstes Jahr zusammentreten, provisorisch von den Landesparteivorständen gewählt. Also die Bonzen bestimmen, wer in den Parteirat kommt.

Praktisch hat sich damit nichts geändert. Die drei zurückgetretenen Mitglieder des Parteivorstandes wurden durch drei nicht minder geeichte Bürokraten ersetzt.

Die Illusion, mit der Aenderung der Führung die Partei in ihrer Struktur und ihrer Politik zu ändern, hat den zahmen »Linken« ein herbes Schnippen geschlagen. Es fand sich auf dem ganzen Parteitag nicht eine Stimme, die den Antrag der Organisation Rot-Neusiedl, dem Parteivorstand das Mißtrauen auszusprechen, unterstützt hätte.

»Bilden die »Linken« einen Flügel in der Partei, schreibt die »Arbeiter-Zeitung« vom 17. Oktober, »so trat eine andere Gruppe von Genossen, vor allen unsere Niederösterreicher als der andere Flügel (soll wohl heißen der »rechte« Flügel, Anm. d. Red.) auf. Nicht weniger kampfbereitschlossen (!) gegen jeden Vorstoß des Faschismus als alle andern, legen sie noch nachdrücklicher dar, daß alle Mittel, die zu friedlicher, verfassungsmäßiger Entwirrung der politischen Krise dienen können, nicht verschmäht werden dürfen, wie immer man die Aussicht solcher Versuche beurteilt; daß die Arbeiterschaft vor allem kein Mittel unversucht lassen darf, sich mit der Bauernschaft über die Verteidigung und Erneuerung (!) der Demokratie zu verständigen.«

Wie es um die Versuche der Bauernschaft um die Erneuerung der Demokratie auf ständischer Grundlage bestellt ist, zeugen zwei alles sagende Beispiele der jüngsten Vergangenheit.

Die Kontroverse des Landbunds mit der Heimweh endete bekanntlich mit der Ausschiffung des Landbundes aus der Regierung, und den Platz des Herrn Winklers nimmt jetzt Herr Fey ein.

Eine Tagung des christlichsozialen Bauernbundes, dessen Führer der niederösterreichische Landeshauptmann Reiter ist, beanspruchte kürzlich maßgebenden Einfluß in der Führung der Vaterländischen Front und hob, in nicht mißzuverstehender Weise, die schwer erkämpften Freiheiten der Bauern gegen ihre adeligen Bedrücker hervor. Die Antwort darauf war die Ernennung des Heimwehrfürsten Starhemberg zum zweiten Führer der Vaterländischen Front.

Das sagt alles, was zu den Plänen der Erneuerer der Demokratie auf ständischer Grundlage, wozu die »Arbeiter-Zeitung« in der letzten Zeit es an Vorschlägen nicht mangeln ließ, zu sagen ist.

Man verzichtet weiterhin um den Preis einer reaktionären Illusion eines Blockes mit den reaktionären Spitzen einiger konservativer Bauernorganisationen auf die Selbständigkeit des Proletariats.

Die ansteigende Aktivität und die Pläne des Nazifaschismus mahnen uns, auf der Hut zu sein! Auf die SP-Führung ist nicht zu hoffen!

daß sich das französische Proletariat über seine Aufgaben in dem kommenden, unvermeidlichen imperialistischen Konflikt klar wird. Es wäre lächerlich, wenn wir uns verschweigen wollten, daß seit den deutschen Ereignissen große Schwankungen im Proletariat, insbesondere in der Frage des revolutionären Defaitismus sichtbar sind. Viele Arbeiter fragen sich, ob der revolutionäre Defaitismus in Frankreich angewendet werden kann gegenüber einem Hitler-Deutschland. Die neue außenpolitische Orientierung Rußlands kann dieses Schwanken noch außerordentlich verstärken. Nehmen wir z. B. an, daß Hitler Rußland überfällt und Frankreich die Gelegenheit benützt, um mit dem aufrüstenden deutschen Imperialismus, der soeben aus dem Völkerbund ausgetreten ist, um völlig freie Hand zu haben, abzurechnen und so sein Machtssystem von neuem zu befestigen.

Die demokratischen Klopffechter des französischen Imperialismus werden die französischen Arbeiter gegen die »faschistische Barbare« zu den Waffen rufen und die Sozialpatrioten um Blum, Faure & Cie, die jetzt Rußland wegen seines Militärabkommens mit Frankreich anklagen, werden dann das französische Proletariat zur »Verteidigung der russischen Revolution« in den imperialistischen Krieg Frankreichs hetzen.

Werden die revolutionären Arbeiter in diesem Augenblick klar und eindeutig wissen, daß auch in einer solchen Situation der Feind im eigenen Lande steht, daß sie auch angesichts Hitlers unbeirrbar ihren revolutionären Kampf gegen die Bourgeoisie führen müssen und daß es sowohl für das deutsche wie das russische Proletariat keinen stärkeren Bundesgenossen gibt, als ein starkes revolutionäres Proletariat in Frankreich, als eine siegreiche Arbeiterrevolution in Frankreich? Vergessen wir nicht: 1917/18 erwies sich der »bolchevistische Bazillus« stärker als die deutschen Kanonen und auf Brest-Litowsk folgte die deutsche Revolution. Vielleicht scheinen manchen diese Gedankengänge so selbstverständlich, daß sie sie für überflüssig halten. Sie sind es nicht. Die geschriebenen, einmal erkannten Wahrheiten dringen nicht von selbst in die Gehirne der neuen Generation, die seit dem Weltkrieg aufgewachsen ist, sie müssen ihr ständig wiederholt werden und sie müssen stets wissen, daß ihr Hauptfeind ihre eigene herrschende Klasse ist.

In diesem Zusammenhang muß man ein Wort sagen, wie die Stalinische Bürokratie die Reise Herriots politisch ausgewertet hat: Statt ihre Politik der eigenen Arbeiterklasse und dem internationalen Proletariat klarzuliegen und mit Lenin zu sagen, daß sie vor keinem Bündnis zurückschreckt, um die proletarische Diktatur aufrechtzuerhalten, daß aber der bürgerliche Bundesgenosse unverändert ein Feind bleibt, der sich nur durch seine eigenen Schwierigkeiten in eine vorübergehenden Bundesgenossen verwandelt, hat die Stalinbürokratie das russische Proletariat zu Ovationen für Herriot, den »wahren Freund Rußlands« aufgerufen.

Su wurden einst Tschankaischek und Feng gefeiert, Purcell, Hicks und Citrine. Nachdem sie die USSR für ihre Zwecke ausgenützt hatten, verwandelten sich diese Freunde der USSR in offene Gegner.

Das revolutionäre Proletariat darf sich nicht täuschen lassen. Es kann nur auf seine eigene Kraft vertrauen. Es verteidigt die USSR durch seinen eigenen revolutionären Kampf, im Krieg wie im Frieden.

Nachwort zu Herriots Rußlandreise

W. Bertram (Paris).

Vor kurzer Zeit brachte der »Temps« eine überaus eingehende Schilderung der russischen Luftschiffahrt und in der Zeitschrift »Marianne« berichtet ein Teilnehmer der Reise »Le Capitaine Pierre Cot nach Rußland über die Sehenswürdigkeiten, die sie zu sehen bekamen, »die man sonst Besuchern nicht zu zeigen pflegt.

Es kann keinem Zweifel unterliegen, daß zwischen Rußland und Frankreich nach dem Nichtangriffspakt jetzt ein Militärabkommen geschlossen wurde. Der »Populaire« bemüht sich, nachzuweisen, daß dieses Abkommen seitens Rußland womöglich einen Verrat am französischen Proletariat darstelle und die »L'Humanité« antwortet schamhaft, daß nur ein »technisches Ueberoinkommen« bestehe und weist entristet den Gedanken zurück, als ob Rußland jemals ein Militärabkommen mit Frankreich treffen könne.

Dieser Wettkampf in der hohen Kunst der Demagogie, den die beiden »sozialistische« Blätter liefern, ist wie dazu geschaffen, die französischen Arbeiter von ihren wirklichen Klassenaufgaben im Falle eines Krieges abzulenken.

Es ist selbstverständlich pure Heuchelei, wenn die Herren Blum und Co. Rußland einen Militärvertrag mit Frankreich vorwerfen. Rußland hat stets — auch in den Zeiten der akutenrevolutionären Periode — solche Verträge geschlossen, es konnte sich überhaupt nur als selbständiger Staat erhalten, indem es die tiefen imperialistischen Gegensätze ausnützte. Militärpolitische Verträge bestanden seit Locarno insbesondere mit Deutschland, und wer im Jahre 1926 das Rußlandbuch des ehemaligen Mitarbeiters Ludendorffs, Oberst Max Bauer, gelesen hat, der weiß, daß damals die deutschen konterrevolutionären Offiziere die gleichen Lobeshymnen über Rußland gesungen haben, wie heute die französischen. Die schmutzigen Verusche der deutschen Sozialdemokraten, insbesondere der »Linken« unter Führung Künsterlers, die USSR mit der »Sowjetgranatenhetze« im deutschen Proletariat zu kompromittieren, sind kläglich gescheitert.

Die Auslieferung Deutschlands an den Faschismus durch die deutsche Sozialdemokratie hat jenem Flügel der deutschen imperialistischen Bourgeoisie die Hegemonie gegeben, der in der Vernichtung der Sowjetmacht die Rettung des deutschen Kapitalismus erblickt. Hier ist die Wurzel der westlichen Orientierung Rußlands, des Militärabkommens mit Frankreich. Die Sozialdemokratie, die nicht nur die deutsche Arbeiterklasse an Hitler verraten hat, sondern die noch am 17. Mai ihre ausdrückliche Zustimmung zu Hitlers Außenpolitik gab, betreibt nichts als Demagogie, wenn sie dieses Abkommen »anklagt«.

Umso tragikomischer wirkt die offensichtliche Ohnmacht der Stalinisten angesichts dieser Demagogie. Die »L'Humanité« verlegte sich einfach aufs Leugnen. Diese Ohnmacht hat zwei Gründe: Die »L'Humanité« zugegeben würde, daß sich eine tiefgehende Veränderung in der russischen Außenpolitik seit dem Machtantritt Hitlers vollzieht, so würde sie damit gleichzeitig zugeben, daß das deutsche Proletariat eine furchtbare Niederlage erlitten hat, die zu einer Schwächung der USSR und zu ihrer außenpolitischen Neuorientierung führt. Sie müßte darüber hinaus zugeben, daß die USSR überhaupt gezwungen ist, zu laivieren, da sie nicht diese gigantische Stärke besitzt, die ihr die Troubadoure des Sozialismus in einem Lande andichten.

Diese klägliche Haltung der »L'Humanité« verhindert,

Spendet Preßfonds!

Der Kampf gegen die Hitler-Diktatur

Die deutsche Arbeiterklasse befindet sich gegenwärtig noch in vollem Rückzug. Sie besitzt nicht die Kraft, die wachsenden Schwierigkeiten der faschistischen Diktatur unmittelbar auszuweichen. Schweigend erträgt sie nach dem Zusammenbruch ihrer Organisationen die weitere Zerstörung ihrer sozialen Rechte. Der ökonomische Angriff des Faschismus auf das Lohnniveau durch Arbeitsstreckung, Zwangsabgaben und Teuerung trifft noch auf keinen nennenswerten Widerstand im Proletariat. Der noch immer im Anwachsen begriffene weiße Terror vermag die kleinen Ansätze zum Widerstand im Keime zu ersticken.

Dennoch ist es unzweifelhaft, daß die Panik und Zersetzung, die im März-April die revolutionäre Vorhut und im Mai-Juni die reformistischen Organisationen völlig paralysierte, zum Stillstand gekommen ist. Die illegale revolutionäre Partei ist im Neuaufbau begriffen. Die Sozialdemokratie vermag sich zwar gegenwärtig infolge der ungeheuren Vertrauenskrise in ihren Reihen nicht als zentrale Partei aufzubauen, aber ein anscheinlicher Teil ihrer unteren Organisationen, insbesondere der Jugend, hat sich auf die Illegalität umgestellt. In den verstaatlichten Gewerkschaften ist es dem Faschismus nicht gelungen, die klassenbewußten Kadern völlig zu zersprengen und ihren Kontakt mit den Millionenmassen der ehemaligen freien Gewerkschaften zu zerstören. Tiefe Unzufriedenheit, die sich bis zu Ausbrüchen offenen Widerstandes ganzer Arbeitergruppen steigert, kennzeichnet die Arbeitsfront, in der sich eine junge faschistische Bürokratie bemüht, die in den Traditionen des Klassenkampfes geschulten Massen zur Volksgemeinschaft mit den Unternehmern zu erziehen.

Kleinbürgertum und Faschismus

Der tiefe Einbruch des Faschismus in die deutsche Arbeiterbewegung ist im Wesentlichen beendet. Größere Übergänge ehemaliger Klassenkämpfer zum Faschismus finden nicht mehr statt. Dagegen ist unter den furchtbaren Schlägen des Terrors der Rückzug großer Teile der Arbeiterklasse in die Indifferenz noch nicht zum Stillstand gekommen.

Der Versuch der faschistischen kleinbürgerlichen und halbproletarischen Massen, die Diktatur von der politischen Neugestaltung zur sozialen Umformung der Gesellschaft weiterzutreiben, zur 2. Revolution, hat zur ersten, ersten Differenzierung in den Reihen der faschistischen Massen geführt. Die faschistische Diktatur war gezwungen, sich offen, und zum Teil unter Anwendung von Gewalt, dem kleinbürgerlichen, utopischen Versuch entgegenzustemmen, die kapitalistische Gesellschaft in die Zwangsjacke der ständischen Gliederung zu pressen. Sie mußte im Interesse der Entfaltung des modernen Handelskapitals und zum Zwecke der Erhaltung eines großen, modernen Verteilungsapparates im Kriege die Warenhäuser und Konsumgenossenschaften erhalten und damit die überlegene Konkurrenz, die die kleinbürgerlichen Massen ruiniert. Sie vernichtete und deklassierte unter dem Freudenheul des reaktionären Pöbels die jüdische Intelligenz, aber sie opferte gleichzeitig die faschistischen kleinbürgerlichen Massen den Interessen der deutschen Großbourgeoisie, der jüdischen ebenso wie der christlichen.

Der Faschismus, der auf den Schultern der kleinbürgerlichen Massen zu einer solchen Kraft geworden war, daß ihm die Bourgeoisie, ihrer alten politischen Organisationen beraubt, ihre politische Vertretung übertragen mußte, verwandte sich im Verlaufe weniger Monate in die offene und eindeutige Vertretung des modernen Monopolkapitals. In dem Maße, als dieser Prozeß erfolgte, als die faschistische Diktatur den Kampf gegen die zweite Revolution führte, ist der Ausbau ihrer Massenbasis auch im Kleinbürgertum zum Stillstand gekommen. Die faschistische Diktatur beginnt bereits ihre bonapartistischen Züge zu entwickeln, d. h. sich aus einer breiten, stürmischen konterrevolutionären Bewegung in eine waffenstarrende Diktatur zu verwandeln, die in immer schärferen Gegensatz zu immer größeren Teilen des Volkes gerät.

Das Proletariat und die Kleinbürgerrebellion

Diese Veränderungen im Verhältnis der faschistischen Diktatur zu ihrer eigenen kleinbürgerlichen Massenbasis sind für die Taktik der deutschen Revolutionäre von großer Bedeutung. Es ist den unzufriedenen faschistischen Kleinbürgermassen unvergleichlich leichter, ihre Unzufriedenheit auszudrücken, als dem geschlagenen, grausam unterdrückten Proletariat. Die Aktivität der eben enttäuschten Kleinbürger ist vorübergehend groß.

Gerade diese Errechnungen bilden die objektiven Voraussetzungen für die gefährliche Illusion in den Reihen der zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse, daß die Diktatur durch die Rebellion der Kleinbürger, die vom Proletariat unterstützt wird, gestürzt werden kann.

Die Hauptgefahr für proletarische Revolutionäre

Der zentristische Flügel, der die Politik der revolutionären Partei bestimmt, steht völlig im Banne dieser kleinbürgerlich-reaktionären Illusion. Er hofft, die proletarische Revolution im Schatten der Kleinbürgerrebellion zu organisieren. Er nimmt in seiner Agitation den Einsatz auf den revolutionären SA-Manne, auf den revolutionären NSBO-Manne und nicht im Proletariat die verhängnisvolle Illusion, daß diese Teile der faschistischen Massen die Sturmbock im Kampf gegen die faschistische Diktatur bilden werden.

Um diese Teile des faschistischen Kleinbürgerturns zu gewinnen, konserviert der Zentrismus seine nationalbolsewistische Phraseologie. Er gewinnt damit nicht diese Schichten, aber er treibt die Zersetzung im revolutionären Proletariat immer tiefer. Indem er das Schicksal der proletarischen Revolution mit den hoffnungslosen Zuckungen des enttäuschten Kleinbürgerturns verbindet, schafft er die Voraussetzung dafür, daß Teile des Proletariats von der Vorbereitung der Massenaktion in das Fahrwasser der kleinbürger-

lichen Rebellion, aussichtsloser individueller Akte, hineingetrieben werden.

Wird es dem Zentrismus gelingen, die revolutionäre Partei auf diesen Weg zu führen, sie immer weiter von der proletarischen Klassenlinie abzutreiben, so wird sie sich in eine kleinbürgerlich-revolutionäre Partei vom Typus der russischen Sozialrevolutionäre verwandeln. Eine solche Entwicklung würde das Ende ihrer progressiven Rolle im deutschen Proletariat bedeuten und die Schaffung einer neuen proletarischen Klassenpartei des Proletariats auf die Tagesordnung stellen.

Das Bürgertum und Hitler

Die faschistische Diktatur vermag die Lebensdauer der kapitalistischen Gesellschaft nur vorübergehend zu verlängern. Sie vermag nicht die tiefen und in Deutschland besonders scharf zugespitzten Widersprüche innerhalb des Kapitalismus zu beseitigen. Die Massen, die unter den Schlägen

Deutschlands Austritt aus dem Völkerbund

Am 14. Oktober hat das faschistische Deutschland sich von der Abrüstungskonferenz zurückgezogen, seinen Austritt aus dem Völkerbund erklärt und gleichzeitig für den 12. November ein Plebiszit ausgeschrieben, um diese Politik vom Volke »bestätigen« zu lassen!

Im Augenblick, wo diese Zeilen geschrieben werden, sind noch nicht alle Faktoren außen- und innenpolitischer Natur sichtbar, die zu diesem »Panthersprung« Hitlers geführt haben. In Genf war es dem französischen Imperialismus gelungen, eine gemeinsame französisch-englisch-amerikanische Front — im bedingten Sinn kann auch Italien hinzugezählt werden — gegen die deutschen Aufrüstungswünsche zu organisieren. Das faschistische Deutschland stand vor der Entscheidung, sich einer internationalen Kontrolle zu unterwerfen oder mit dem Völkerbund zu brechen.

Hitler hat — im Gegensatz zu seiner Politik vom 17. Mai und Görbels Presseerklärungen in Genf — den Weg des offenen Bruchs mit dem Völkerbund gewählt. Diese Politik scheint auf den ersten Blick abenteuerlich. Sie ist es für den Fall, daß die Westmächte entschlossen sind, die Aufrüstung Deutschlands, d. h. den Bruch des Versailler Vertrages mit Sanktionen zu beantworten, die nur der Beginn eines Weltkrieges sein könnten.

Die Hitlersche Außenpolitik geht im Gegensatz dazu davon aus, daß der anglo-amerikanische Gegensatz — der sich jüngst auf der Londoner Weltwirtschaftskonferenz mit aller Schärfe zeigte — zu groß ist, um eine Weltweilheitsfront gegen Deutschland zu standezubringen. Gerade das Beispiel Japans, das bekanntlich bereits vor längerer Zeit aus dem Völkerbund austrat, zeigt, daß der anglo-amerikanische Gegensatz den anderen imperialistischen Mächten zugeht kommt. Vergebens hat Amerika versucht, Eng-

land, verdunkelt durch den tödlichen Haß der Massen gegen das Gewaltregime des Faschismus.

Unter diesen Bedingungen wird die Sozialdemokratie von neuem, vielleicht in neuer Gestalt, vielleicht in der Form einer neuen USPD, zum Sammelbecken aller jener Kräfte werden, die den Faschismus ins Stiche lassen und versuchen, im Schatten des Kampfes für die demokratischen Forderungen der Arbeiterklasse, die Voraussetzungen für eine neue Herrschaftsperiode der Bourgeoisie unter demokratischer Maske zu schaffen.

Die revolutionäre Partei besitzt keine wie immer geartete Sicherheit dafür, daß der Zusammenbruch des Faschismus in den Sieg der proletarischen Revolution enden wird. Gestürzt kann der Faschismus nur durch die proletarische Revolution werden, durch die revolutionäre Aktion der Arbeiterklasse. Das aber bedeutet noch nicht den Sieg des Proletariats. Die demokratischen Kräfte werden von neuem versuchen, nach

lands Unterstützung gegen Japan zu gewinnen. England lehnte ab. Ungestört setzt Japan seit zwei Jahren seine Expansionspolitik im fernen Osten fort. Die Entscheidung darüber, ob die Versailler Mächte die deutsche Aufrüstung, die fieberhaft eingesetzt hat, mit Gegenaktionen beantworten werden, wird nicht in Genf fallen, sondern in London. Um Amerika für ein entschiedenes Vorgehen gegen Deutschland zu gewinnen, muß England klar und eindeutig auf die Seite Amerikas gegen Japan treten. Das aber bedeutet für England, endgültig die amerikanische Hegemonie im stillen Ozean anzuerkennen und gleichzeitig die Gefahr des Verlustes der englischen Ostasien-Positionen an Japan. Ist England dazu bereit? Ist die deutsche Frage für England so entscheidend, daß es zu einem solchen Verzicht bereit ist?

Allem Anschein nach nicht. Das Hitlersche Deutschland wird im Augenblick nicht mit kriegerischen Sanktionen rechnen müssen. Es wird seine Aufrüstung fieberhaft fortsetzen. Bis der Zeitpunkt gekommen ist, wo es selbständig als aktive imperialistische Kraft auftreten kann.

Der faschistische Reichstag ist aufgelöst; desgleichen die Länderparlamente. Der 12. November soll im Zeichen des nationalen Befreiungskampfes die Massen um das Blutregime Hitlers sammeln. Am 12. November werden die proletarischen Massen zum Schweigen verurteilt sein. Sie werden nicht ihren Haß, ihre Todfeindschaft zur innen- und Außenpolitik Hitlers zum Ausdruck bringen können. Aber unterirdisch wird das revolutionäre Grollen in den Massen weiterwachen. Herr Hitler rüstet zum Revanchekrieg; aber die Nation der Arbeitenden bereitet einen anderen Revanchekrieg vor als Hitler.

Spectator.

dem Sturz der faschistischen Diktatur die Weiterentwicklung der Revolution von der politischen zur sozialen Umwälzung zu verhindern. Am Tage nach dem Sturze des Faschismus wird die gesamte Konterrevolution im Zeichen der Demokratie versammelt sein und mit Beschuldigungen und Gewalt das Proletariat von der Vollendung seiner Revolution abzuhalten versuchen. Befreit von den qualvollen Fesseln der faschistischen Knechtschaft, wird ein großer Teil jener Massen, die vor dem Sturze der Diktatur sich willig der revolutionären Führung unterstellten, vom demokratischen Taumel erfaßt werden und sich der Illusion hingeben, den Endsieg bereits erfochten zu haben. Die endgültigen und entscheidenden Veränderungen im Bewußtsein der Massen, der Übergang vom Schwanken zwischen Demokratie und Sozialismus zur proletarischen Diktatur, vermag nicht anders herbeigeführt zu werden, als durch die Politik der revolutionären Partei.

Bricht die proletarische Revolution die faschistische Diktatur, so bricht sie sie mit einer breiten nichtproletarischen Gefolgschaft, die nichts mehr fürchtet als tiefe Eingriffe in das Privateigentum. Das erste Stadium der proletarischen Revolution in Deutschland wird demokratisch sein und in dieser Etappe wird die Entscheidung darüber fallen, ob die revolutionäre Partei die Kraft zur Vollendung der Revolution besitzt oder ob die Kräfte des Sozialismus von den Kräften der bürgerlichen Demokratie niedergewungen werden.

Die Rolle der revolutionären Partei

Die revolutionäre Partei muß jede Illusion aufgeben, daß ihr der Sieg unvermeidlich zufällt, daß der Reformismus endgültig enturzelt ist und daß sie im Schlepptau der kleinbürgerlichen Massen die proletarische Revolution organisieren wird. Sie muß davon ausgehen, daß das Schicksal der faschistischen Diktatur und der kapitalistischen Gesellschaftsordnung davon abhängen wird, ob es ihr gelingt, die proletarische Klasse zu sammeln, sie kämpfend vom Reformismus zu befreien und die proletarische Hegemonie über die breiten Volksmassen zu verwirklichen.

Die revolutionäre Partei kann das Wiedererstarken des Reformismus nicht mechanisch verhindern. Sie kann nicht die demokratischen Strömungen in den breiten Massen dadurch überwinden, daß sie sich den demokratischen Forderungen der Massen entgegenstellt und ihnen die proletarische Diktatur als einzige Forderung und als unmittelbares Kampfziel zeigt. Eine solche Position müßte die Partei zwangsläufig von den Massen isolieren und die Massen geradezu dem

Die Rolle des Reformismus ist noch nicht zu Ende!

Dieser Versuch der Bourgeoisie wird durch Veränderungen, die sich in der Periode des Vorfalles der faschistischen Diktatur in den Massen vollziehen, begünstigt werden. Am Beginn des Erwachens der Massen wird unzweifelhaft der Ruf nach jenen elementarsten demokratischen Rechten stehen, die das Proletariat braucht, um seine Kräfte voll entfalten zu können: Streikrecht, Koalitions-, Presse- und Redefreiheit. Gleichzeitig werden große Teile der Mittelschichten, insbesondere im Dorf, die den Glauben an die Festigkeit der faschistischen Diktatur verloren haben und vor der proletarischen Revolution zittern, den Ruf nach der Demokratie erheben. Ein neuer Aufschwung der demokratisch-liberalen Strömungen und damit der Sozialdemokratie, wird unvermeidlich einsetzen, trotz der furchtbaren Erfahrungen, die die Massen jetzt mit der Sozialdemokratie gemacht haben. Diese Erfahrungen werden, je länger die faschistische Diktatur

Reformismus in die Arme treiben. Damit die Partei zur wirklichen Führerin der Massen wird, muß sie sich an die Spitze des Kampfes für die demokratischen Forderungen stellen. Sie kann nur siegen, als die konsequenteste und bis zu Ende revolutionäre Kraft, die es versteht, im Kampf für die demokratischen Rechte die Massen zu sammeln, zu erziehen und ihnen die Erkenntnis zu vermitteln, daß demokratische Rechte nicht das Ziel, sondern eine Etappe zum Ziel, zur proletarischen Diktatur sind.

Die faschistische Diktatur kann keine demokratischen Zugeständnisse machen, ohne sich selbst aufzugeben, die demokratischen Rechte können nicht innerhalb der faschistischen Diktatur verwirklicht werden. Aber der Kampf für die demokratischen Rechte wird innerhalb der faschistischen Diktatur zum Ausgangspunkt der Sammlung aller Unterdrückten werden. Erst im Kampf und durch den Kampf werden die zurückgebliebenen Teile erkennen, daß sie selbst diese elementaren Rechte nicht anders verwirklichen können, als durch die revolutionäre Erhebung, durch den Aufstand. Nie machen die Massen den Aufstand um seiner selbst willen, sondern sie greifen nur dann zu diesem äußersten Mittel ihres Kampfes, wenn sie sich erfahrungsgemäß überzeugt haben, daß ihnen kein anderer Weg offen steht, um ihre konkreten Forderungen zu erreichen, mögen diese demokratischer Natur sein oder sich direkt bereits mit sozialistischen verbinden.

Der revolutionäre Charakter der Negativen SPD.

Indem die faschistische Diktatur jeden Reformversuch seit den Mitteln des Bürgerkrieges im Keime ersticht, zwingt sie die Reformatoren der kapitalistischen Gesellschaft, auf dem Wege der Revolution gegen die Diktatur eine neue demokratische Periode anzustreben. Die Sozialdemokratie wird revolutionär gegen Hitler und bleibt reformistisch gegenüber dem Kapitalismus. Diese veränderte Position, die nicht die Sozialdemokratie einnimmt, sondern zu der sie die Ablehnung des Toleranzversuches Löss durch Hitler zwingt — ändert nichts an den grundsätzlichen Gegensätzen zwischen Sozialismus und Reformismus. Ihre reformistische Grundeinstellung zur kapitalistischen Gesellschaft macht es der Sozialdemokratie unmöglich, den Übergang von der Proklamierung der Notwendigkeit der Revolution zur Organisation der Revolution zu finden. Die illegale Sozialdemokratie besitzt keine Perspektiven, sie verzichtet auf die klassenmäßige Organisation des proletarischen Widerstandes gegen die faschistische Diktatur und beraubt sich damit selbst der Möglichkeit, ernste, ausdauernde und erfolgreiche illegale Organisationen zu schaffen. Statt eigene Klassenorgane in den verstaatlichten Gewerkschaften heranzubilden, setzt sie ihre Hoffnung auf den »Klassenkampf in der NSDP«. So heißt es in ihrer illegalen, programmatischen Broschüre: »Es ist ohne Zweifel, daß der Klassenkampf sich alsbald in der NSDP selbst, vor allem in der NSBO, reproduzieren wird. Nach der Gleichschaltung der Gewerkschaften hat die NSBO gewaltigen Zuwachs erfahren, sie birgt heute schon sozialdemokratisch und gewerkschaftlich geschulte Arbeiter in sich. Es ist die Aufgabe der Sozialdemokraten, die Arbeiter in diesen Organisationen nicht allein zu lassen. Statt eigene proletarische Klassenorgane im Betrieb gegen die faschistischen Kader, die die NSBO bilden, zu formieren, wartet die SPD auf die Selbstzerstörung der faschistischen Kader, der NSBO, durch den Klassenkampf. Sie fordert »den Frieden nach außen und innen und verschweigt den Arbeitern, daß der Friede nach außen solange unmöglich ist, als es den Weltimperialismus gibt und der Friede nach innen, solange die soziale Ungleichheit herrscht, die die kapitalistische Gesellschaft ständig verschärft. Sie fordert seine starke, wahrhafte Volksherrschaft und verschweigt der Arbeiterklasse, daß die einzige Form dieser Herrschaft die proletarische Diktatur ist, die sich auf der Sowjetdemokratie aufbaut. Sie fordert »Sicherheit des Rechts und der Freiheit des Einzelnen, ohne zu sagen, daß diese Forderung nur durch den Sozialismus nach dem Sturz der Bourgeoisie verwirklicht werden kann. Sie will »die Sicherung der Lebensgrundlage für alle Deutschen, eine Eingliederung der deutschen in europäische Wirtschaft; aber diese Lebensgrundlage kann nur der Sozialismus geben. Die europäische Wirtschaft, von der die SPD spricht, in die sie Deutschland eingliedern will, es ist die krisenfebrernde, imperialistische Konflikte erzeugende Wirtschaft des Kapitalismus. Die europäische Wirtschaft, in die sich die deutsche harmonisch eingliedert, es kann nur die sozialistische Wirtschaft der vereinigten Sowjetstaaten von Europa sein.

Die neuen Lösungen, die die illegale SPD proklamiert, es sind die alten Ladenaüter des schlimmsten Reformismus, der eben unter der eisernen Fesse des Faschismus den schmachtvollsten Bankrott erlitten hat. Eine neue geschichtliche Erfahrung hat der jungen sozialistischen Generation bewiesen, daß die SPD hoffnungslos verloren ist, so hoffnungslos wie die bürgerliche Demokratie, der sie nachtrauert. Eine Reform der SPD ist ausgeschlossen, jeder Versuch dazu ist zum Scheitern verurteilt.

Ohne eine klassenmäßig aufgebaute revolutionäre Organisation, ohne Perspektive, ohne ein sozialistisches Programm kann die SPD nicht nur nicht die proletarische Revolution gegen die Diktatur organisieren, sondern sie besitzt nicht einmal die Kraft zur Organisation von Massenaktionen für die elementarsten demokratischen Forderungen der Massen. Ihre reformistische Grundhaltung gegenüber der herrschenden sozialen Ordnung muß sie im Prozeß der entfalteten revolutionären Massenbewegung, die nach demokratischen Rechten ruft, um sich legale Formen für die Sammlung zur sozialen Revolution zu erkämpfen, in eine reaktionäre Kraft verwandeln und dies umso mehr, je mehr die sozialistische Zielsetzung der Massenaktionen hervortritt.

Diesen reaktionären Charakter der SPD werden die deutschen Arbeiter endgültig erst im Verlaufe des Endkampfes um ihre Rechte erkennen. Die revolutionäre Partei kann sich nicht darauf beschränken, die Massen vor der SPD zu warnen, sie muß auch denen, die noch der SPD folgen, im gemeinsamen Kampf Gelegenheit geben, sich von der Überlegenheit der revolutionären Kampfmethoden zu überzeugen. Die Einheitsfronttaktik war das entscheidende Kampfmittel in der Periode, die dem Zusammenbruch der Arbeiterbewe-

gung vorausging. Sie tritt in den Hintergrund in der Periode des Zusammenbruchs der Organisationen, die noch nicht beendet ist. Aber sie gewinnt im beginnenden Sammlungsprozeß der Massen erneute Bedeutung und wird auch in der Illegalität zu den wichtigsten taktischen Kampf Waffen der revolutionären Partei gehören.

Das Ziel der revolutionären Partei in Deutschland.

Die revolutionäre Partei würde ihren proletarischen und revolutionären Charakter einbüßen, wenn sie auch nur einen Augenblick lang im Kampf für demokratische Forderungen ihr Ziel, die proletarische Diktatur, zurückstellen oder verflüchtigen würde. Sie muß die gegenwärtigen Erfahrungen des Proletariats zum Ausgangspunkt der breitesten Propaganda für die proletarische Diktatur machen. Sie kann die zurückgebliebenen Teile der Arbeiterklasse und die kleinbürgerlichen Schichten nicht dadurch gewinnen, daß sie ihr Ziel verwirrt, scheinbar die proletarische Hegemonie preisgibt und die Lösung der Diktatur des Proletariats durch die Propaganda für eine Arbeiter- und Bauernregierung ersetzt. Die kleinbürgerlichen Massen können nur dann ein erster Bundesgenosse des revolutionären Proletariats werden, wenn sie sich selbst überzeugen, daß es für sie besser ist, sich der Führung der Arbeiterklasse anzuvertrauen und sich seiner Diktatur unterzuordnen, als der Bourgeoisie zu folgen und die faschistische Diktatur zu unterstützen oder auf demokratischen Umwegen zu einer neuen konterrevolutionären Diktatur zu kommen. Die Arbeiter- und Bauernregierung verdeckt vor dem Kleinbürgertum die proletarische Hegemonie und die Diktatur des Proletariats und erweckt in ihm die gefährliche Illusion, als ob es zwischen bürgerlicher und proletarischer Diktatur noch ein Mittelding gebe, eben die Arbeiter- und Bauernregierung. In der revolutionären Krise, wenn das Proletariat sich offen auf den Aufstand und die Verwirklichung seiner Klassendiktatur vorbereitet, wird das Kleinbürgertum, das unter der opportunistischen Lösung einer Arbeiter- und Bauernregierung gewonnen wurde, die größten Schwankungen zeigen und in das Lager jener sozialen Schichten übergehen, die sich dem Aufstand feindlich gegenüberstellen. Die kommunistische Partei selbst wird durch diese opportunistische Lösung ersetzt und Teile von ihr werden, dem kleinbürgerlichen Druck nachgebend, sich dem proletarischen Aufstand entgegenstellen.

Die revolutionäre Partei ist auf dem Wege zur Macht gezwungen, vorübergehend Kompromisse, taktische Ueberinkommen und Bündnisse mit verschiedenen Parteien und Gruppen, die im Kampf mit der faschistischen Diktatur stehen, abzuschließen. Solche Abkommen sind ebenso unvermeidlich, wie die Gefahren, die sie nach sich ziehen. Die Gefahren überwinden aber kann die Partei nicht dadurch, daß sie auf ihre Manövrierfähigkeit verzichtet. Ein solcher Verzicht würde sie zur Sekte machen. Die Gefahren des Verhältnisses mit dem kleinbürgerlichen episodischen Bundesgenossen vermag die Partei nur zu überwinden, wenn sie ihre eigenen Kader im Geiste der Unversöhnlichkeit in allen prinzipiellen Fragen erzieht und wenn sie das Maximum der Parteidemokratie, das in der Illegalität möglich ist, verwirklicht und so die Fähigkeit besitzt, jede Schwankung innerhalb der Partei zu sehen und jeden Zweifel zu erkennen.

Die revolutionäre Partei muß es grundsätzlich ablehnen, solche Kompromisse zu schließen, die ihre Kritik an den Bundesgenossen unterbinden, die den Verzicht auf die offene Propaganda ihres eigenen Programms, die auch nur im Keime die Preisgabe ihrer Selbständigkeit bedeuten. Sie muß sich stets bewußt sein, daß nur das Proletariat den antifaschistischen Kampf bis zu Ende führen, daß nur sie selbst die revolutionäre Zertrümmerung der herrschenden sozialen Ordnung durchführen kann.

Partei und Gewerkschaft in der faschistischen Diktatur

Die Partei kann in der Illegalität nur den entwickeltesten Teil der proletarischen Klasse umfassen. Sie kann nicht Massenpartei sein. Sie muß sich überparteiliche illegale Organe schaffen, um breitere Teile des Proletariats zu führen. Diese Rolle fiel in der Periode der Legalität den Gewerkschaften zu. Unter dem Faschismus sind die Gewerkschaften verstaatlicht und einer faschistischen Bande ausgeliefert worden. Gleichzeitig sind sie in Zwangsorganisationen verwandelt worden, denen sich auf die Dauer kein Arbeiter im Betrieb entziehen können wird. Durch ihren faschistischen Charakter, durch ihre Stellung zum Staat und Unternehmer haben die faschistischen Zwangsorganisationen den Charakter von Gewerkschaften verloren. Gerade dadurch geraten sie aber in einen wüsten brüchigen Gegensatz zu der Millionenmasse des ADGE, die sie als kompakte Masse übernommen haben. Der aktive klassenbewußte Teil, der früher das Rückgrat der Gewerkschaften bildete, ist zum Schweigen verurteilt, aber er ist vorhanden, sein Einfluß ist groß und er wird im Prozeß des Zunehmens der faschistischen Schwierigkeiten weiterwachsen. Das bedeutet nicht, daß die faschistischen Gewerkschaften erobert oder indirekt dem Klassenkampf nutzbar gemacht werden können. Aber sie können durch den Klassenkampf gesprengt und dadurch die faschistische Diktatur einer ihrer zentralen Pfeiler beraubt werden. Darum müssen die Revolutionäre in diesen Zwangsorganisationen bleiben um die Arbeitsfront zu unterminieren. Darum ist die Lösung unter den gegebenen Umständen, illegale Gewerkschaften zu gründen und die klassenbewußten Arbeiter zum Austritt aufzufordern, falsch. In einer späteren Etappe der faschistischen Diktatur können dagegen Bedingungen für die Schaffung illegaler Gewerkschaften entstehen, insbesondere dann, wenn der Faschismus dazu übergeht, größere, klassenbewußte Teile aus Furcht vor der Sprengung der Arbeitsfront auszuschließen, ohne sie aber aus dem Betrieb entfernen zu können, weil er ihrer bedarf. (Konjunkturaufstieg, Krieg).

Die Unterminierung der Arbeitsfront durch den Klassenkampf der gewerkschaftlichen Massen erfordert die Schaffung eines illegalen Klassenkampfzweiges in der Arbeitsfront, der sich auf ein Vertrauensmännersystem in den Betrieben stützt. Der Aufbau dieser illegalen Organisation innerhalb der Arbeitsfront kann nicht das Werk der Revolutionäre allein sein, sondern sie müssen hier versuchen, zu einem festen Block mit

allen sozialistischen Arbeitern zu gelangen, auch mit ihren Organisationen, soweit solche vorhanden sind. Die müssen es als ihr Ziel betrachten, durch ihre tiefere Einsicht in die Bedingungen des Kampfes das Vertrauen der nichtrevolutionären Teile des Klassenkampfzweiges und des illegalen Vertrauensmännersystems zu gewinnen und so der illegalen Partei einen mächtigen Transmissionsmechanismus zur Führung der Massen schaffen.

Selbstliquidierung des Austro-Marxismus

(Aus einem Brief).

»An Stelle der jetzigen Parteiführung, die durch ihre Tolerierungs- und Kapitulationspolitik versagte, muß eine Führung treten, die die Partei wieder zur revolutionären Vorhut des Proletariats macht, heißt es in der Erklärung der Linken in der SPO. Ist das wirklich das Problem? Ist wirklich ein Führungswechsel möglich? Kann ein solcher Wechsel die SPO in eine revolutionäre Partei verwandeln? Hinter uns liegen nahezu 20 Jahre Erfahrungen seit dem Kriegausbruch, vor uns liegt eine weltgeschichtliche Entscheidung, der bonapartistische Staatsstreich, der als Endziel die Restauration verfolgte und letzten Endes die faschistische Massenweiss ins Rollen bringen wird.

(Können wir angesichts aller Erfahrungen von einer Reformierung der SPO sprechen? Wir begreifen, daß den Linken in der SPO die Erkenntnis schwer fällt, daß nicht die Führung ausgewechselt werden muß, sondern daß die SPO als Partei rettungslos verloren ist. Und zwar in einem noch stärkerem Maße als die SPD. Die deutsche SPD war eine reaktionäre reformistische Partei, die bis zum letzten Augenblick mit reaktionärer Folgerichtigkeit die deutsche Arbeiterklasse in die Katastrophe führte und ständig davor zitterte, die Massen könnten dieser Politik entgleiten und sie verhindern.

Anders der Austromarxismus. Die deutsche Katastrophe hat ihm das Vertrauen zum Reformismus geraubt, aber gleichzeitig die letzten Reste mamenthaften Widerstandes gegen die Konterverolution geraubt. Wie die erschreckte ungarische Bourgeoisie den Kommunisten in panischer Furcht die Macht kampfflos überließ, so gibt sich die österreichische Sozialdemokratie angesichts der unmittelbar heran nahenden Entscheidung selbst auf und esst den Massen: »Ihr müßt selbst wissen, was Ihr zu tun habt. Kann es etwas Schmähdlicheres geben? Die »Führerin« der Massen dankt freiwillig ab, statt den Massen den Weg zu weisen, sie zum Kampf zu organisieren, politisch, organisatorisch, verwandelt sich die Parteiführung in einen literarischen Generalstab, der eine Parole verkündet und Ausschau hält, was nun werden wird. Das ist nicht mehr Politik — und schon gar nicht proletarische — das ist Literatur, übelster Journalismus.

Die Linken in der Sozialdemokratie werden sich selbst zur Ohnmacht verurteilen, wenn sie den Ruf nach einer neuen Parteiführung in einem Zeitpunkt erheben, wo die Partei als organisierende Kraft sich selbst bereits aufgegeben hat.

Jeder Leser

unseres Blattes muß ein

Abonnent

werden.

Sichert Euer Blatt!

An unsere Abonnenten!

Der letzten Nummer lagen die Erlagscheine bei. Sendet sofort die fälligen Beträge ein. Wir brauchen dringendst jeden Groschen. Spendet für den Pressefonds.

Die Administration

Eigentümer, Herausgeber: Karl Daniel, Metallarbeiter, Wien, V., Gartengasse 1. — Verleger und verantwortlicher Redakteur: Josef Güttel, Holzarbeiter, Wien, XXI., Stryeckgasse 4. Druck: »Edelhof«-Druckerei (Wolimir v. Schwen), Wien, II., Alliiertenstraße 1. — Telefon R 46-4-28.